

Herr von Payer über die innere Front.

Die Rede des Vizekanzlers.

Nach dem Reichskanzler ergreift sofort der Vizekanzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Vizekanzler v. Payer: Wer wie ich, diesem Saule 86 Jahre lang angehört hat, mitten aus Ihren Reihen heraus in die Mitte der Regierung berufen worden ist, der kann Ihnen nicht wie ein Fremder gegenüberstehen. (Beifall.) Umgekehrt betrachte ich es als einen wichtigen Bestandteil meiner jetzigen verantwortungsvollen Stellung, stets im Hinblick auf diese meine langjährige Tätigkeit in Ihrer Mitte zu stehen. (Beifall.) Meine Bitte an Sie geht dahin, die Herren wollen, damit dieses System erreicht werden kann, das persönliche Wohlwollen und Vertrauen, dessen ich mich in Ihrer Mitte soviel erfreuen durfte, auch auf mein jetziges Amt übertragen.

Wenigstens im vierten Jahre des Krieges kann es für die deutsche innere Politik nur noch einen Gesichtspunkt geben: das ist die Zusammenfassung aller Kräfte im Reich, um durch Einheit, Arbeit und Opferwilligkeit es unsern feindlichen Feind zu ermöglichen und zu erleichtern, seine schwere Aufgabe zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß alles befeitigt werden, was zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen heute trennend steht.

Den Grund aus dieser Politik hat bei Beginn des Krieges, gerichtet auf die kaiserlichen Worte vom 4. August 1914, voll größtmöglichen Vertrauens in das ganze deutsche Volk der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg gelegt. Ihm gehörte dafür immer, ich kann das nicht oft genug wiederholen, der Dank des deutschen Volkes. Er und seine Nachfolger sind auf diesen Boden getreten. In der ersten Zeit des Krieges ist das Wort des Kaisers „Ich kenne keine Parteien mehr“, ist der Bursche so gut wie allgemein beachtet worden. Dieser Selbstglaube des deutschen Volkes ist es anzuhelfen, daß wir damals dem ungeklärten und unvertretenen Vampir unserer dahinsiechenden Standhalten konnten und daß wir heute in gesicherter Stellung die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können.

Damals hielt der Gedanke, daß gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen müssen, seinen Eingang in Deutschland. Bedauerlicherweise aber verständiglicherweise hat manches Vorkommnis der späteren Jahre in diese Stimmung eine Bresche gesetzt. Der Durchtriebene würde leichten Herzens in den Winkel getreten. Kroggen steht das deutsche Volk unter dem Gewicht der Einigkeit und des Zusammenhaltens und wird auch solange unter diesem Gewicht stehen, bis der Friede gesichert ist, den wir brauchen und auch erhalten werden.

Es ist einleuchtend, daß denen, die wirtschaftlich schwächer sind als die anderen, und denen deshalb das Durchhalten schwerer fällt, diese anderen mit dem auszuweichen müssen, was sie selbst besitzen. Es ist auch verständlich, daß die großen Massen der Bevölkerung, je schwerer die Opfer und Lasten des Krieges auf ihnen liegen, um so mehr auch von dem Streben nach politischer Bewegung freisetzt und nach politischer Macht sowie nach Einfluß auf die Regierung beherzigt werden. Es gibt keine Macht auf Erden, die diesen Gedanken und dieses Streben im deutschen Reich wieder auszumachen mächtig genug wäre. (Beifall.)

Die verbündeten Regierungen haben, manchen Gedankensatz aufgegeben, an dem sie selber lange festgehalten haben, von Anfang an nach beiden Richtungen dieser Bewegung Rechnung getragen. Sie waren sich ihrer Politik bewußt, von Reich wegen für eine stets wachsende, aber auch immer notwendiger werdende Aufgabe für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer eingetreten. Sie haben durch die Verabschiedung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente manche Not getindert.

Sie haben sich aber nicht auf diese materiellen Fragen allein beschränkt, sondern sie haben, dem freirechtlichen Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragend, durch Veränderung des Bereinigungsgesetzes, durch die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch und durch das Schulgesetz die Freiheit und das Persönliche der Sozialbürger anerkannt. Sie sind gewillt, auf diesem Wege weiterzugehen. (Beifall.)

Dem Haupte der Regierung eines Arbeitskammergesetzes ausgesprochen. Er wird, so hoffe ich, langjährige Kämpfe auf diesem politischen und sozialen Gebiete befruchtend schlichten. (Beifall links und in der Mitte.) Der Entwurf eines Gesetzes über die Neuerteilung der Wahlkreise zum Reichstag soll schwer empfundenen Ungleichheiten ein Ende bereiten. Er soll zugleich die Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl in großem Maßstabe abgeben. Der Entwurf auf Aufhebung des § 158 der Gewerbeordnung soll auf einem heiß umrittenen Gebiet Ruhe schaffen. Die Entwurfs der Gesetze zur Wahrung der Geschlechtsverhältnisse und gegen die Verhinderung der Geburten sollen schwere, allseitig anerkannte soziale Missstände aus der Welt schaffen. Kommen wird noch eine Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei.

Am dem Ernst und dem Willen der Reichsleitung, nicht etwa bloß die Stimmung zu beeinflussen, sondern berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, kann daher niemand zweifeln. (Beifall.)

Das Vorhaben der verbündeten Regierungen, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft alles Erforderliche zu leisten, erschöpft sich aber mit diesen Vortagen nicht. Die Beratungen im Schöße der Reichsregierung haben zurzeit namentlich auch noch das weite Gebiet der Wohnungsfürsorge ins Auge gefaßt. (Beifall.) Die Reichsregierung hat die Notwendigkeit erkannt, nach Wiederannahme der gewerblichen Tätigkeit zweifelloser hohe Anforderungen werden gestellt werden. (Sehr richtig.) Es darf als eines der besten Zeichen für unsere wirtschaftliche Kraft einerseits, aber auch für den sozialen Eifer der bestgeeignetsten Gesellschaftsklassen andererseits angesehen werden, daß heute schon vielfach auf Gemeinnützigkeit ausgehende Organisationen weitgehend mit den Meinungen übereinstimmen, auf diesem Gebiet namentlich im Interesse der Arbeiterklasse und des so schwer geschädigten Mittelstandes an

leihen, was möglich ist. Die Anstrengungen in auch nur annäherndem Umfang zu betreiben, werden aber weder die gemeinnützigen Organisationen, noch die Gemeinden imstande sein. (Sehr richtig.) Es werden sehr ausgedehnte finanzielle Mittel zu Hilfe genommen werden müssen. Für diese Mittel aufzusuchen, ist in erster Linie eine Pflicht der Einzelstaaten, nicht des Reiches. Die Reichsleitung vertritt aber nicht, daß die erforderlichen Leistungen, mindestens zurzeit und zum Teil, weit über die Kräfte der Einzelstaaten hinausgehen können, und sie ist bereit, im Interesse der bedürftigen Bevölkerung auch ihrerseits ohne allzu langfristige Kompetenzprüfung mitzuwirken. Sie ist willens, den Möglichkeiten, den Gemeinden und Einzelstaaten, nicht bloß ihre organisatorische Hilfe zuteil werden zu lassen, sondern sie auch finanziell zu unterstützen. (Beifall.) Sie hofft, damit der Geduld und der Geduld der Bevölkerung einen wesentlichen Dienst zu leisten.

Nach die Einzelstaaten sind sich des Gebots der Stunde und des Standes der Dinge bewußt. (Beifall.) Das Herkommen des Wahlrechts zum Reichstag ist die Voraussetzung des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus und die Grundlage über das Fernstudium, eine Reform, die von Jahr zu Jahr dringlicher geworden ist, und deren Forderung jetzt wieder mächtig sich, mich in die Angelegenheiten des Bundesstaates Preußen hineinzunehmen. (Beifall links.) Umtriebe rechts. Es kann sich aber doch niemand der Einheit verweigern, daß die Frage, ob für das preussische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagsparlament gleiches oder ein ihm entgegengefügtes Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einwirkung des Staates Preußen auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse des Reiches eingreift. (Sehr richtig.) Sehr richtig und lehrhaftig (Beifall links.) Deswegen können politische Erwägungen über diese Frage auch in diesem Saule nicht unterlassen werden, wie ja auch die Frage des preussischen Wahlrechtes in der Entscheidung der letzten Wahlen, obwohl diese sich keineswegs auf Preußen beschränken wollte oder beschränkt hat, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. (Sehr richtig.) Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rücksichten in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch, der Lage und der Stimmung im Reich entsprechend, begründen würde, wenn die preussische Regierung ihre Ansicht vertritt und den harten Streit so beizulegen könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Reichskanzler, des preussischen Abgeordnetenhaus und des preussischen Ministers des Innern, die sich beide unbedingt dafür eingesetzt haben, daß der Standpunkt der kaiserlichen Hofkanzlei vom 11. Juni 1917 unverändert festgehalten und dementsprechend die Reform durchgeführt werden müsse. (Starker Beifall.) Mit diesem Standpunkt glauben wir auf gutem Wege zu sein. Allerdings ist vor wenigen Tagen durch den bekannten Beschluß der Mehrheit des Ausschusses die Sache auf ein totes Geis gekommen, auf dem zum Ziel zu gelangen als unmöglich erachtet wird.

Was nun. Alle freirechtlichen Möglichkeiten werden jetzt mit einem Eifer diskutiert, als wenn der Entwurf endgültig gesichert wäre und als ob man alle Eventualitäten jetzt im Betracht ziehen müßte. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist. Es ist im parlamentarischen Leben schon mancher Entwurf mindestens ebenso gefährdet gewesen wie dieser. (Sehr richtig.) Ich bin doch gestandne gekommen. Ich kann an die Möglichkeit nicht glauben, daß die Parteien, in deren Hand nun die Entscheidung liegt, sich der Einsicht verschließen werden, was sie in diesen kritischen Stunden der Allgemeinheit schuldig sind. (Beifall.) Sie werden auch den Gedankensatz nicht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schonhin unumgängliche Verschleppung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut.) Aber das zu erwartende Resultat der weiteren Verhandlung hat heute wohl niemand ein ungeschickliches Urteil. Über Schlichte lassen sich aus bekannten Tatsachen und Verhältnissen unmetzen stehen. Wenn Sie meine persönliche Meinung darüber interessieren, so kann ich sie dahin zusammenfassen:

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, und es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt. (Sehr großes Bravo links.)

In dem Maße, als die verbündeten Regierungen sich zu Ergänzungen der Verhältnisse entsprechenden Mittel machen, ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Reichsregierung und die Vollvertretung zu ihnen gewachsen. Reichstag und Reichsregierung sind sich im Laufe der Jahre näher getreten und haben versucht, einander besser zu verstehen als es früher der Fall war. Daran und aus der gebieterischen Forderung, nach außen hin Einheit zu geben, ist dann der Wunsch nach einem möglichst einheitlichen Zusammenwirken beider Faktoren erwachsen. Diejenige auch größeren Ausmaß zu geben, ist viel freirechtlicheres Kopferbrechen aufgewendet worden, und ein Beweis dafür, daß wir, das Volk der Weiser, im Kräfte doch recht praktisch handeln gelernt haben, ist wohl, daß schließlich eine rein praktische Lösung gewählt worden ist. Das weitere Zusammenarbeiten soll, ohne freirechtliche Neuartigkeiten und ohne an Schwächen hängen zu bleiben, dadurch erreicht werden, daß man im Wege der Verständigung durch Aufnahme einzelner, das Vertrauen ihrer Kollegen genießender Parlamentarier aus dem Reichstags und preussischen Landtag in die Reichsregierung und preussische Regierung das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und Volksvertretung zu stärken, der gemeinsamen Politik festere Grundlagen zu geben und die Führung der Geschäfte zu erleichtern sucht. Wie dieser Versuch, auf dem aktio und passio beteiligt zu sein, ich die Ehre habe, ausfallen wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht übersehen. (Abg. Streh, st.: Sehr richtig! — Heiterkeit rechts.)

Soll diese Entwicklung Früchte tragen, so legt sie allerdings guten Willen auf allen Seiten voraus. Aber der ist nicht nur bei einzelnen nicht vorhanden. (Sehr gut links.) Ist der gute Wille vorhanden, so kann der Regierung und Volkswortredung viel Arbeit und Sorge, viel Verdruß und Kampf erspart werden und für die Kraft des deutschen Reiches in seiner Gesamtheit ein wesentliche Förderung gewonnen. Soweit ich die Dinge

übersehen kann, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kriegsergänzung den Krieg überbauert. (Beifall links.)

Beider wird, je länger der Krieg dauert, das Bild der Geschlossenheit, Opferwilligkeit und des gegenseitigen Wertens durch Bewegungen auf beiden extremen Seiten etwas getrübt, wenn auch nicht in dem Maße, daß daraus Bedenken für unsere Zukunft entstehen.

Die am meisten ins Auge fallende Erscheinung ist der von den äußersten linken vor einigen Wochen ins Leben getretene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gebrachte Streit. Vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. (Sehr richtig!) Traurig genug, daß man jetzt darüber freitret, wer ihn veranlaßt hat: die eigenen Volksgenossen oder das feindliche Ausland. Er hat vielleicht, namentlich was seine Wirkung auf die Kriegsbetriebe anbelangt, nicht in dem Maße geschadet, wie gemaßt beabsichtigt wurde. Geshadet hat er aber schon dadurch, daß er die Hoffnungen unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufs höchste gesteigert und dadurch unsere Ausrichtungen auf Frieden beeinträchtigt hat. (Sehr richtig!) Niemand kann wissen, ob er nicht den Krieg direkt verlängert hat. (Sehr richtig!) Er hat viele Arbeiter und Angehörige geleitet, nicht bloß die Industriellen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht, er hat auch Opfer an Menschenleben und Vermögenswerten gefordert, und wenn der Schaden nicht größer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst derjenigen, die den Streit begonnen haben. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung an dem Streit gemaßt abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich ihm dann, wenn auch nur teilweise, angeschlossen haben, und zwar, wie sie uns erklärt haben, um die Bewegung in Schwanken zu halten und Schlimmeres zu verhindern. (Sehr richtig.) Ich bin doch durch die Bewegung, die sie selbst als Zweckmäßig und schließlich erachtet, gefördert haben. Die von ihnen beschriebene Wirkung zu erzielen, waren sie vielleicht zu schwach. Umstände anderer Art, wesentlich wohl die Besonnenheit und Entschlossenheit des obrigkeitlichen Eingreifens (Wachen des Volkes), die Ausdauerhaftigkeit, Ermüdung und der Mangel an Geld haben wohl der Bewegung ihr Ende bereitet. Es wird sich zweifellos über diesen Streit eine große Debatte entspinnen, ihre vorzüglichen liegt nicht in meiner Macht. Ich beschränke mich auf einige kurze Bemerkungen.

Die Werte, die mit dem Streit verknüpft wurden, werden verschwiebener Art gewesen sein. Ich glaube nicht, daß irgend jemand ernstlich geglaubt hat, daß dieses Signal hin sich nun das in den Fabriken beschäftigte deutsche Volk erheben werde, um das doch immerhin recht erträgliche Joch seiner Regierung abzuwerfen und Arm in Arm mit dem Jagen. „Proletariats der Völker“ das deutsche Reich mit dem idealen Regiment der Volksgewalt zu beglücken. Wenn etwa der Zweck gemessen sein sollte, die Bewegung gegenstandslos zu machen, so hat sich nichts in Preußen durch den Streit zu tun. Ich habe mich nicht als das Zukunftskommen des Volkes so gefährdet, wie eben dieser Streit (hört! hört!) durch die Art, wie es von den Gegnern dieses Wahrtreits politisch ausgenutzt worden ist. (Sehr richtig!) Ebenfalls wenig einleuchtend ist der Gedanke, durch den Streit die Erhaltung der demokratischen Verfassung zu bewahren. Auch nur als Demonstration gedacht, mußte er in dieser Richtung wirkungslos bleiben, weil eine Demonstration hier nur dann einen Sinn haben konnte, wenn es an dem guten Willen der Leitung der beschriebenen Organe fehlte, was man gewiß nicht sagen kann. Es ist auch schwer, sich vorzustellen, wie in der Frage des Belagerungsstandes, der Schöpfung, der Fortschritt, durch diesen Streit eine Verbesserung herbeigeführt werden sollte. Endlich wird behauptet, daß der Streit die baldige Herbeiführung des Krieges erreichen sollte. Das würde doch voraussetzen, daß auch die verbliebenen Parteien in den uns feindlich gesinnten Ländern sich dem anschließen. Niemand hat sich dieser Wille gezeigt. Umgekehrt hat sich unabwiesbar der naheliegende Gedanke aufgedrängt, daß die Möglichkeiten eines Friedens einleuchtend ist. (Sehr richtig.)

So viel zum Streit. Wer ihn zu verantworten hat, mag das mit seinem Gewissen ausmachen. Sicher hat er weder der Sache des Vaterlandes noch der des Volkes damit einen Dienst geleistet. Aber auch außerhalb der Kreise der Streitenden wird gegen das Gebot des Zusammenhaltens können gestanden, nicht bloß von links, sondern auch von rechts. (Beifall links: Viel mehr!) Niemandem ist, seitdem die Erörterung der Kriegsgeschichte freigegeben ist, das Recht verweigert über diese und über den Inhalt des künftigen Friedens sich öffentlich auszusprechen. Nur muß dieses Ausprechen für jeden, der das Recht des Vaterlandes im Auge hat, seine Grenzen in der Rücksicht auf eben dieses Wohl und damit auf den Wunsch, daß jedes öffentliche Wort in unseren Reihen auch im Ausland keine vielleicht weitreichende Wirkung auslösen kann. Es sollte eigentlich nicht notwendig sein, dies über auszusprechen und doch, wie wenig ist diese Rücksicht geübt.

Wie dort von links, so glaubt man hier rechts dadurch seinen Politik Kraft geben zu können, daß man beantragt, die andere Meinung kund, den guten Glauben abzusperren. (Sehr wohl! links; große Unruhe rechts. — Sturm rechts: Diese Gleichstellung ist unerhöht!)

Dam hält sich in seinem Selbstbewußtsein für so unerschütterlich, daß er den Charakter des Gegners eine abweichende Meinung erwidern. Es ist peinlich, daß diese ible Gewohnheit früherer Jahrhunderte jetzt in den Zeiten, wo wir uns selber denn je zusammenhalten sollten, unsere Gegner immer wieder zu weiteren Widerstand ermutigen. Das es nur ein kleiner Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist, der sich auf diesen Boden stellt, wird von unseren Feinden nicht weiter beachtet und das ist erklärlich, wenn bekanntlich auch Widerarbeiten bei gefährlicher Arbeit für den Gehirngroßherren gegeben können, als sie in Wirklichkeit haben. (Sehr gut links. — Unruhe rechts.)

So haben die Feinde die Macht, ob sie die Worte sagen und aus dem Munde der äußersten Rechten über die äußersten Rechten entweichen wollen. (Unruhe rechts.) Es wäre für unsere Arbeiter an der Front wie zu Hause viel besser, wenn man nicht jedes und immer wieder die Sorgen mit der